



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Regierung und Parlament

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Regierung und Parlament

Don George Kleinow



er Reichstag hat nach zwei Jahre und drei Monate während der Session seine Pforten geschlossen. Nun ist nichts menschlicher als das: die Mitglieder des Reichstages, — und das sind ja meist, sobald sie ihrer Freifahrtkarte erster Klasse entkleidet sind, ganz natürliche und zum Teil sogar umgängliche Menschen, — die Mitglieder des Reichstages haben das Bedürfnis ihren Wählern nachzuweisen, daß sie zwei Jahre und drei Monate hindurch ununterbrochen ausschließlich für das Wohl ihrer Wähler gearbeitet und gekämpft haben, daß sie tatsächlich in dieser Zeitspanne bis dahin Unerhörtes geleistet und daß sie ihren Fähigkeiten gemäß noch viel mehr zuwege gebracht hätten, wenn nicht . . . ja, wenn nicht die Regierung teils zu reaktionär, teils zu liberal, teils zu schwach, teils zu stark gewesen wäre, ja, wenn nicht die Sozialdemokratie und die noch viel gefährlicheren Zentrumsleute, und der politisch-kindliche Freisinn, und die unzuverlässigen Nationalliberalen und schließlich, wenn nicht die brutalen Junter gewesen wären. Mit einem Worte: jeder Abgeordnete sucht sich eine möglichst gute Presse zu schaffen, und der vom vielen Registrieren ermattete Chronist könnte mit dem frohen Bewußtsein in die Sommerfrische reisen, daß das deutsche Volk in seinen Abgeordneten dreihundertsiebenundneunzig Männer von überragender Bedeutung hat.

Diesmal steht freilich die Sache für die Abgeordneten nicht so günstig: der Reichstag und damit die Herren Volksvertreter haben eine schauerhafte Presse, fast schlechter als die Regierung! Und das will doch etwas bedeuten! Und was das bedeutsamste ist: durchaus aus eigener Kraft, ohne Zutun der Regierung oder offiziöser Zeitungsschreiber! Die Regierung hat tatsächlich nicht einen Finger gerührt, um den Reichstag zu diskreditieren! Dennoch die schlechte Presse!

Die Frankfurter Zeitung weist uns auf das Gebiet der Psychologie, um die Mißstimmung zwischen Regierung und Reichstag zu erklären. Sie hütet sich aber, auf die Psyche der „Linksmehrheit“ näher einzugehen. Auch die Tägliche Rundschau führt uns an die psychologischen Momente heran; sie kennzeichnet sie weniger gelehrt, wenn auch um so treffender mit dem Worte Katerstimmung. Ja, was ist schuld an dem Katzenjammer?! Herr Liebkecht macht den Reichstag verantwortlich, wenn er sagt: er habe die Regierung, die er verdiene. Das sind drei Stimmen aus verschiedenen Lagern, die auf den Reichstag selbst hinweisen. Tatsächlich könnte der Reichstag heute ganz anders dastehen, hätten die in ihm den Ausschlag gebenden Parteien nicht eine kurzfristige Parteipolitik getrieben, hätten nicht Scheinerfolge gleich zu Anfang die Sinne umnebelt.

Die abgelaufene Session des Reichstages ist so widerspruchsvoll verlaufen, wie sie angefangen hatte. Die Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Parteien machte ihn von vornherein unfähig geschlossen zu handeln: es sind Mehrheiten für alle möglichen Gesetzesvorschläge vorhanden, aber doch wieder auch nicht; jeder Zufall, jede momentane Stimmung, ja, man darf sagen, jeder Vorgang oder gar Witterungswechsel draußen, war imstande, die Mehrheitsbildung zu beeinflussen. Wie es um die Zusammensetzung des im Januar 1912 gewählten Reichstages stand, läßt sich trefflich an dem Ergebnis der endgültigen Präsidentenwahl vom 8. März 1912, bei der der Sozialdemokrat Scheidemann das Präsidium nach vierwöchentlicher Tätigkeit darin räumen mußte, mit den Worten des Abgeordneten Dr. Dertel kennzeichnen: „Das Präsidium,“ schrieb er am 9. März 1912 in der Deutschen Tageszeitung (Nr. 125), „stützt sich eigentlich nur auf das knappe Viertel der Mitglieder des Reichstages. Die beiden liberalen bürgerlichen Parteien zählen noch nicht neunzig Mitglieder, und nur diese stehen, wenn man die Dinge scharf faßt, hinter dem Präsidium. Die zweite Seltsamkeit, die sich im parlamentarischen Leben wohl noch nie ereignet hat, ist die Tatsache, daß der Präsident des Reichstages mit einer Mehrheit von einer einzigen Stimme gewählt worden ist, und daß diese Mehrheit sich in eine Minderheit von mindestens zwei Stimmen verwandelt hätte, wenn Freiherr von Hertling nicht bayerischer Ministerpräsident geworden wäre und wenn auf der rechten Seite des Hauses nicht zwei Mitglieder mehr als auf der linken gefehlt hätten. Wäre das Haus voll besetzt gewesen, so würden nach menschlicher Voraussicht auf Dr. Spahn

mindestens zwei Stimmen mehr gefallen sein als auf den jetzt gewählten Präsidenten.“

Der heutige Reichstag erwies sich somit von vornherein als ein höchst empfindlicher und unzuverlässiger Mechanismus, und wenn es nicht zu einem parlamentarischen Zusammenbruch mit einer unübersehbaren Kette von innerpolitischen Krisen gekommen ist, so lag es nicht an ihm. In erster Linie darf dafür die Regierung den Dank einheimen, die auf die Würde des Hohen Hauses viel mehr Rücksicht genommen hat, als die Parlamentsmitglieder selbst. Der Stoizismus der Regierung, die Kühle des Herrn von Bethmann Hollweg hat den von vielen Seiten erwarteten Zusammenbruch verhindert.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die deutsche Regierung dem Reichstage mit seinem demokratischen Wahlrecht nicht feindlich gesinnt ist, wenn es des Nachweises benötigte, daß in unseren leitenden Kreisen keinerlei Staatsstreichpläne Boden gewonnen haben, so braucht nur auf die Haltung des Reichskanzlers gegenüber diesem schwachen, allen möglichen Einflüssen zugänglichen Reichstage gewiesen zu werden. Die Regierung, die in den Wahlkampf nur einmal durch den Neujahrsartikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eingegriffen hatte, indem sie auf die Sozialdemokratie als auf den gemeinsamen Gegner des Bürgertums wies, hat nicht die erste beste Gelegenheit ergriffen oder gar geschaffen, um den Reichstag aufzulösen; sie überließ es nach dem Versagen ihrer Parole den Fraktionen der bürgerlichen Parteien, sich in positiver Arbeit zu finden, indem Herr von Bethmann erklärte, er denke die Arbeiten des Reichstages durch die Zuweisung ernster Aufgaben fruchtbar zu machen. Herr von Bethmann hat nun, ohne sich um Störungen und zum Teil recht heftige Anfeindungen zu kümmern, das durchgehalten, was er sich vorgenommen hatte: er hat den Reichstag geradezu mit Gesetzentwürfen gefüttert, wohl in der Hoffnung, die Fraktionen dadurch zu veranlassen, auf Dauer- und Propagandareben zu verzichten und sachlich zu arbeiten. In dieser Hoffnung wurde die Regierung getäuscht: die Linke, in dem Wahn, daß das Präsidium aus Liberalen ein Beweis für das Vorhandensein entsprechender Macht einer „Linksmehrheit“ sei, ging direkt darauf aus, das parlamentarische System „einzuführen“, ohne daß dafür die notwendigen Voraussetzungen erfüllt gewesen wären. Die Zaberndebatten im Dezember 1913 bildeten den Höhepunkt. Die kurzen Anfragen, die Rüstungskommission und die sogenannte Zabernkommission sind das vorläufige praktische Ergebnis, das das Parlament der Regierung abgerungen hat. Freilich, das wollen wir gleich festhalten, nicht zur Förderung des Ansehens des Parlaments. Wie so oft, erweist es sich auch hier, daß nicht jeder, dem Macht zufällt, deshalb auch ohne weiteres befähigt ist, die Macht zum Ziele der Allgemeinheit zu gebrauchen. So sind die kurzen Anfragen, die den Verkehr zwischen Regierung und Parlament erleichtern sollten, in der Hand dieses Reichstages geradezu ein Verhängnis für das Ansehen des Reichstags geworden. Und wenn nicht nur eine Anzahl wichtiger Gesetzentwürfe unvollendet liegen blieb,

sondern auch der Reichshaushalt nur mit einer Verspätung von sieben Wochen verabschiedet werden konnte, so trägt daran zum guten Teil der Mißbrauch Schuld, der von einigen Fraktionen mit den kurzen Anträgen getrieben wurde.

Die Beobachtung, wie wenig der gegenwärtige Reichstag sich befähigt erwies, seine parlamentarischen Erfolge auszunutzen, mag Herrn von Bethmann in der von ihm bevorzugten Politik des Abwartens und Lavierens gegenüber der sogenannten Linksmehrheit, auf deren bedenkliche Seiten an dieser Stelle wiederholt hingewiesen wurde, bestärkt haben. Anders wäre es nicht zu verstehen, warum der Herr Reichskanzler dem Treiben mit so unmachahmlicher Kühle zugeesehen und die wohlmeinenden Dränger von rechts nicht immer freundlich zurückgewiesen hat. Selbst dem Loben der ersten Zaberndebatten hat er einen Gleichmut entgegengesetzt, der — heute darf es ausgesprochen werden — für viele fast beleidigend wirkte. Heute, nach der Schließung der Session, wird man die Politik des Kanzlers schon eher verstehen. Sie ist wenigstens folgerichtig. Augenscheinlich ist die Regierung froh, einen Reichstag zu haben, der bisher in wichtigen Fragen nicht versagt hat, und kümmert sich um weiterreichende Entwicklungsmöglichkeiten gar nicht.

Eine Reichstagsauflösung, wie sie vielfach gefordert wurde, um den Sozialdemokraten einige Mandate abzunehmen, hätte bei einem solchen Standpunkt der Regierung vielleicht Sinn gehabt, wenn es sich darum handelte, für große Aufgaben des Parlaments eine absolut sichere Mehrheit zu bekommen. Wer aber wollte für einen solchen Ausgang der Wahl bürgen? Für die wichtigen Lebensfragen der Nation sind die Mehrheiten vorhanden: für Heer und Flotte bewilligte dieser Reichstag alles was bedeutungsvoll ist; es sei nur an die glatten Bewilligungen über den ordentlichen Etat hinaus mit Einschluß des einmaligen Wehrbeitrags erinnert; auch die Verschärfung des Spionagegesetzes gehört dazu; für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen ist gleichfalls eine Schutzzollmehrheit vorhanden. Die Regierung hätte somit durch eine Reichstagsauflösung Chancen preisgegeben, ohne eine sicherere dafür einzutauschen. Das aber konnte angesichts der Verfeindung der bürgerlichen Parteien unter sich ein Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht wert sein. Die politische Taktik des Reichskanzlers hat sich ohne Zweifel bisher und bis zu gewissen Grenzen bewährt. Diese Erkenntnis von der Überlegenheit der Regierung wird bei der „Linksmehrheit“ des Reichstags in erster Linie jene Empfindungen ausgelöst haben, die mit Raterstimmung am besten gekennzeichnet sind.

Unter den kurz skizzierten Umständen will es mir scheinen, erfolgte auch die Schließung der Session in dem psychologisch richtigen Momente nicht nur vom Standpunkt der Regierung, sondern auch vom Standpunkt des Reichstages aus. Sie liegt geradezu im Interesse des Ansehens der Volksvertretung, auch derjenigen Abgeordneten, die entschiedene Anhänger des parlamentarischen Systems sind, ohne deshalb gleich Revolutionäre zu sein. Es galt reinen

Tisch zu machen und alte Sünden, alte Verrantheit einmal abzustoßen und auf dem gesäuberten Plan die aufbauende Arbeit ohne die Hemmungen zu beginnen, die schließlich doch in den Debatten und Beschlüssen früherer Kommissionsitzungen liegen. Vom Standpunkt der Rechtsfrage aus ist gegen die Schließung des Reichstages an Stelle einer neuerlichen Vertagung gar nichts einzuwenden. Nach der Verfassung soll die Reichstagsession in der Regel einen Winter hindurch währen. In der Praxis hat sich diese zur Verfügung gestellte Zeit als zu kurz zur Bewältigung der gesetzgeberischen Arbeiten erwiesen; besonders die großen, in ihren Wirkungen weitreichenden Gesetze erforderten mehrjährige zusammenhängende Tätigkeit in den Kommissionen, sollte nicht die Arbeit vieler Wochen und Monate immer wieder unter den Tisch fallen. Hieraus hat sich die Gewohnheit herausgebildet, die Legislaturperiode nicht viermal, sondern nur zweimal oder gar nur einmal zu unterbrechen, sofern der Reichstag nicht der Auflösung verfiel. Nach dem Stande der Gesetzgebungsarbeit des heutigen Reichstages liegt nun die Notwendigkeit einer besonderen Rücksichtnahme gegen keinen der schwebenden Gesetzentwürfe vor. Von zweien, die bereits viel Arbeit verursacht haben, meint die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß über sie „eine alsbaldige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag nicht zu erwarten war.“ Gemeint sind die Gesetzentwürfe betreffend die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes und des Verkehrs mit Leuchtöl, alias das Petroleummonopol. Durch Schließung der Session hat die Regierung die Ablehnung der Gesetze durch den Reichstag verhindert und kann nun, ohne auf Empfindlichkeit bei der Parlamentsmehrheit zu stoßen, mit neuen Entwürfen vor den Reichstag treten, wenn die Stimmung dafür günstiger ist. Auf andere Vorlagen, wie z. B. auf das Luftverkehrsgesetz, das Gesetz gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaufstellung von Schriften, das Rennwettgesetz, das Gesetz zur Abänderung der Vorschriften der Gewerbeordnung über Schankwesen und Kinematographen hat der Reichstag noch keine nennenswerte Arbeit verwendet; auch diese können ohne Schaden neu eingebracht werden. Von einer weiteren Vorlagengruppe schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, sie sei schon so weit gediehen, daß ein bei „späterer Gelegenheit verwertbarer Kommissionsbericht“ vorliegt. Also auch die auf sie verwendete Arbeit will die Regierung nicht unter den Tisch fallen lassen, sondern sich lediglich ihnen gegenüber den Zeitpunkt zur erneuten Einbringung vorbehalten. Daß der Reichskanzler durch die Schließung der Session keine Brückierung des Reichstages im Auge hatte, geht schließlich auch aus seiner durch die Presse verkündeten Absicht hervor, daß er bei Beginn der neuen Tagung mit dem Seniorenkonvent des Reichstages gemeinsam einen Arbeitsplan für die nächste Session vereinbaren will.

So darf man auch mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Reichstags feststellen, daß der Kanzler auch für die Zukunft bemüht ist, unnötige Reibungen zwischen den gesetzgebenden Faktoren des Reichs zu vermeiden und alle Kräfte im Dienst der großen Aufgaben zu vereinigen, die diesem Reichstage noch bevor-

stehen. Und es sind keine Kleinigkeiten, die dieser Reichstag vollbringen soll: ein neues Patentgesetz und die neuen Handelsverträge. Um diese beiden großen Gesetze, die dem deutschen Geistesarbeiter ebenso wie dem Handarbeiter für ein weiteres Jahrzehnt und darüber hinaus einen angemessenen Lohn seines Mühens gewährleisten sollen, werden sich die laufenden Arbeiten des Reichstags während der nächsten Session zu gruppieren haben. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit den Platz unter den Nationen für ein Jahrzehnt bestimmen. Von dem Ergebnis der bevorstehenden Parlamentsarbeit wird es abhängen, wo dieser Platz ist, — der Tüchtigkeit des Volkes angemessen oben oder — wo anders. Es ist notwendig, darauf im Zusammenhang mit unseren Darlegungen hinzuweisen. Herr von Bethmann hat den Nachweis erbringen können, daß seine Regierungsmethode praktisch ist. Ihr gegenüber hat die Taktik der Parteien versagt: die der Sozialdemokraten, weil die Regierung sich durch nichts hat provozieren lassen, die der bürgerlichen Parteien, weil sie untereinander uneinig, einzeln keine schwerwiegenden Faktoren für die politischen Kämpfe bedeuten. Möge der parlamentslose und von Kommissionsitzungen freie Sommer diejenige Stimmung bei den bürgerlichen Parteien schaffen, die unbedingt erforderlich ist, wenn es diesem Reichstage gegen eine Welt von äußeren und inneren Feinden gelingen soll, zu dem großen Werk des Reichsangehörigengesetzes und der bisher umfangreichsten Rüstung das größere Werk neuer gesunder Wirtschaftsgrundlagen hinzuzufügen. Die Devise der bürgerlichen Parteien sollte sein: Einigkeit macht stark!

